Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

20. Januar 2021

Rücknahme der Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche in der Kasseler Stadtpolitik
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.1847 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Düsterdieck

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Einschnitte im Zuge der CO-VID19-Maßnahmen beauftragt, die am 01.01.2020 vollzogenen Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche in der Kasseler Stadtpolitik, entsprechend der nachfolgenden Auflistung mit Wirkung zum 01.01.2021 anzupassen und das Stadtrechtsverfahren für diese Änderung einzuleiten. Im Einzelnen beschließt die Stadtverordnetenversammlung folgende Punkte:

- Stadtverordnete erhalten künftig einen monatlichen Grundbetrag von 350 Euro statt 475 Euro
- Der Stadtverordnetenvorsteher erhält künftig monatlich 650 Euro statt 875 Euro
- Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher erhalten künftig 450 Euro monatlich statt 575 Euro
- Vorsitzende der Ausschüsse erhalten künftig 450 Euro monatlich statt 575 Euro
- Fraktionsvorsitzende erhalten künftig 550 Euro monatlich statt 775 Euro
- Ehrenamtliche Stadträte erhalten künftig 450 Euro monatlich statt 625 Euro

Die Erhöhung der Fahrkostenzuschüsse werden von monatlich 75 Euro auf 50 Euro zurückgeführt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten, WfK
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Rücknahme der Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche in der Kasseler Stadtpolitik, 101.18.1847, wird **abgelehnt.**

Volker Zeidler
Vorsitzender

Annika Kuhlmann
Schriftführerin